

Ausbildung ; Weiterbildung = Formation ; Formation continue

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK =
Mensuration, photogrammétrie, génie rural**

Band (Jahr): **93 (1995)**

Heft 8

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Langfristiger Lawinenschutz

2. Davoser Lawinenforum, 29. Oktober bis 1. November 1995

Teil 1: Planerische Massnahmen (30.10.95)
Bedeutung der Naturgefahren für die Schweiz, Zuverlässigkeit der Lawinenzonierung, Gefahrenbeurteilung, Lawinenzonierung mit GIS, rechtliche Aspekte von Gefahrenzonenplänen, versicherungstechnische Aspekte.

Teil 2: Technische Schutzmassnahmen (31.10.95)

Verankerungen/Fundation von Stützwerken in verschiedenen Alpenländern, Wirtschaftlichkeit von Lawinenverbauungen, Schäden in Lawinenverbauungen, Zuverlässigkeit von Lawinenverbauungen, Forschungsbedarf. Podiumsdiskussion: Langfristiger vs. kurzfristiger Lawinenschutz.

Teil 3: Forstliche Massnahmen (1.11.95)

Aufforstungen und Lawinenschutz: Erfahrungen und neue Erkenntnisse in den Alpenländern.

Exkursion in das Lawinenbau- und Aufforstungsgebiet Stillberg, Exkursion in das Gleitschneeverbau- und Aufforstungsgebiet Bleisa, erweiterte Referate zum Thema und zu den Versuchsergebnissen.

Angesprochene/Teilnehmerkreis:

Lawinenverbauer; Forst-, Kultur-, Bauingenieure; Interessierte an Naturgefahren und an spezifischen Fragen der Raumplanung aus Forschung und Verwaltung; Forstämter; Tiefbauämter; Ingenieurbüros; Hersteller von Stützwerken.

Weitere Informationen

Eidg. Institut für Schnee- und Lawinenforschung, Lawinenforum 1995, CH-7260 Davos Weissfluhjoch, Tel. 081/4170 224, Fax 081/4170 220.

Hydroinformatics 96

Die ETH Zürich organisiert vom 9. bis 12. September 1996 zusammen mit der International Association for Hydraulic Research die zweite Internationale Konferenz für Hydroinformatik. «Hydroinformatics» umfasst alle Anwendungen von modernen Computertechnologien in der Wasserwirtschaft, von der Modellierung natürlicher und technischer Systeme, der Datenerfassung und der Anwendung von Geographischen Informationssystemen, der interaktiven Analyse von wasserwirtschaftlichen Projekten bis zur Aufarbeitung und Darstellung der Resultate für projektierende Ingenieure und Entscheidungsträger. Ein spezieller Schwerpunkt wird die Risikoabschätzung für Investitionen und Versicherungen bilden. Die Veranstaltung, welche in englisch abgehalten wird, richtet sich an Ingenieure und Wissenschaftler in der Praxis, in öffentlichen Werken, in

der Verwaltung, an Universitäten und Forschungsanstalten.

Als Einführung in das Thema wird am 9. September ein Kurzlehrgang angeboten, der sich an alle richtet, die zur Lösung ihrer Aufgaben neue Methoden der Hydroinformatik einsetzen wollen. Eine Ausstellung von Softwareprodukten von führenden Herstellern wird Demonstrationen umfassen und die Möglichkeit bieten, die Programme am Computer selbst kennen zu lernen. Mit einer Serie von Seminaren (Theoretical Foundations, Groundwater Modelling, Free Surface Flows, Ecological Modelling, Urban Water Infrastructure Systems, Education and Training) wird am 10. September den Spezialisten ein Diskussionsforum geboten, welches einen Einblick in aktuelle Forschungsfragen erlaubt.

Die Konferenz selbst wird sich vom 11. bis 13. September auf die Fragen von allgemeinerem Interesse (Hydroinformatics Systems and their Application, Informatics Tools and Methodologies, User-Requirements and Software Validation) konzentrieren und Übersichtsvorträge und Podiumsdiskussionen über die wichtigen offenen Fragen anbieten.

Wer an der Konferenz oder an den Seminaren eine Arbeit präsentieren möchte, ist eingeladen, bis zum 1. November 1995 ein zweiseitiges Abstract einzureichen.

Weitere Informationen sind erhältlich bei:

Dr. Andreas Müller, Hydroinformatics 96, Institut für Hydromechanik und Wasserwirtschaft, ETH-Hönggerberg, CH-8093 Zürich, Tel. 01/633 3078, Fax 01/633 1061.

Ausbildung Weiterbildung Formation Formation continue

Koordination der Weiterbildung an Ingenieur-Fachhochschulen

(pd/tg) Zum Leistungsauftrag der zukünftigen Fachhochschulen in Bundeskompetenz gehört auch, Weiterbildung, Dienstleistungen und anwendungsorientierte Forschung zu erbringen. Eine im Auftrag des BIGA erarbeitete Studie macht nun Vorschläge zur Organisation der Nachdiplom-Weiterbildung an den Ingenieur-Fachhochschulen. Sie enthält auch Ideen zur Kontrolle der Qualität der Angebote und zur Ausgestaltung der Nachdiplomtitel.

Mit einer nationalen Weiterbildungsstelle will die von 16 Grossunternehmen getragene Organisation «Ingenieure für die Schweiz von morgen» die Weiterbildungsangebote

an den Ingenieurschulen koordinieren und evaluieren. Die rechtlich und finanziell autonome Koordinationsstelle soll organisatorisch der Direktorenkonferenz der Schweizer Ingenieurschulen angegliedert werden. Favorisierter Standort für die zweisprachig geführte Koordinationsstelle ist der Raum Biel-Freiburg.

Richtungsweisend am vorgeschlagenen Konzept ist insbesondere die Absicht, die Weiterbildung sowohl von privaten wie staatlichen Anbietern erbringen zu lassen und sie zwischen den einzelnen Schulen als standardisierte Module austauschbar zu machen. Vom so entstehenden Wettbewerb zwischen den Anbietern müssten allerdings Bereiche ausgenommen werden, für die kein Markt bestehe, die aber für die Position der Schweiz im technologischen Wettbewerb strategisch wichtig seien.

EU-Bildungsprogramme

Die EU hat 1995 ihre Bildungsprogramme grundlegend reformiert. Die drei neuen Programme bauen auf den Erfahrungen der ersten Generation auf. Mit «Socrates», «Leonardo» und «Jugend für Europa III» sollen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die EU-Bürger von ihrem Mobilitätsrecht auch tatsächlich Gebrauch machen können. Der Binnenmarkt selbst bedeutet schliesslich wesentlich mehr als freien Warenverkehr. Offene Grenzen bieten auch einen europäischen Arbeitsmarkt und vor allem die Möglichkeit, den Ausbildungsort frei zu wählen. Für alle Bildungsprogramme der EU gelten u.a. folgende Prinzipien:

- Möglichst viele Europäer sollen bereits als Lernende im Rahmen von Austauschmassnahmen einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren. Fremdsprachenkenntnisse und praktische Arbeitserfah-

Erasmus

Mit «Erasmus» gingen Schweizer Studentinnen und Studenten in den Semestern 1994/95 zwischen 3 und 12 Monate in folgende EU-Länder:

Land	Anzahl
Deutschland	174
Frankreich	167
Grossbritannien	141
Spanien	77
Italien	65
Niederlande	41
Belgien	37
Irland	17
Dänemark	12
Griechenland	6
Portugal	5
Total	742

Quelle: Erasmus-Büro, Bern

Socrates

unterstützt Aktionen in der allgemeinen Bildung und führt das Studentenaustauschprogramm «Erasmus» fort. So wurden 1994/95 in Europa über 127 000 Stipendien vergeben, die den Studierenden während ihren drei- bis zwölfmonatigen Auslandsaufenthalten als Finanzspritze ausbezahlt wurden.

Mindestens 55% des Budgets von «Socrates» (von 850 Millionen ECU für fünf Jahre) sind für die Förderung der Hochschulen und studentischen Mobilität, mindestens 10% für die Förderung der Schulbildung (Vorschulstufe, Grundschule und Sekundarschulbildung) und mindestens 25% für Aktivitäten in den Bereichen Fremdsprachen und Fernlehre vorgesehen.

Leonardo

fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und will die Qualität der Berufsbildung insgesamt verbessern. So werden Ausbildungspartnerschaften und transnationale Pilotprojekte zwischen Einrichtungen der beruflichen Bildung, Behörden, Unternehmen und Universitäten unterstützt. Ausserdem werden Austauschvorhaben für Lehrer, Berufsschüler und junge Arbeitnehmer fortgesetzt. Das Budget beträgt 620 Millionen ECU bis 1999. Unter dem Dach von «Leonardo» werden die Programme «Comett» (Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie auf dem Gebiet der neueren Technologien) und «Force» (Berufliche Weiterbildung) fortgeführt.

Jugend für Europa III

fördert den internationalen Jugendaustausch in ganz Europa. Es ermöglicht Begegnungen von jungen Leuten zwischen 15 und 25 Jahren aus den unterschiedlichsten Lebens- und Kulturbereichen. Vor allem wird die Teilnahme von benachteiligten Jugendlichen ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz unterstützt, von Behinderten sowie Jugendlichen, die sonst keine Möglichkeit haben, an einem Austausch zu partizipieren. Dafür ist bis 1999 ein Budget von 126 Millionen ECU vorgesehen.

rungen im Ausland sind ein Plus für jeden Bewerber.

- Um die Antragswege für die Bildungsprogramme zu vereinfachen, gibt es in jedem Mitgliedstaat nationale Büros, welche die Programme koordinieren und über alle Austauschmöglichkeiten und Bewerbungsmodalitäten informieren.
- Damit die Mobilitätsangebote auch tatsächlich genutzt werden können, müssen die Berufsabschlüsse gegenseitig anerkannt werden. Ein theoretisches Recht auf Freizügigkeit nützt den Unionsbürgern wenig, wenn sie nicht den erlernten Beruf ohne grosse Hindernisse in anderen Staaten ausüben können.

Die EU-Bildungsprogramme sind auch offen für alle EWR-Mitglieder sowie für diejenigen Drittstaaten, die mit der EU ein entsprechendes Abkommen geschlossen haben. Bisher hatte die Schweiz ein solches Abkommen, das die Teilnahme an den EU-Programmen «Erasmus» und «Comett» gewährleistet. Ab 1995 fehlt aber die rechtliche Basis für eine weitere Beteiligung, d.h. Schweizer Studentinnen und Studenten sowie sonstige Interessierte fallen zwischen Stuhl und Bank. Zwar dürfte eine Teilnahme in diesem Jahr – im Sinne eines Übergangs – noch möglich sein, aber dann steht die Schweiz vorerst einmal draussen. Im akademischen Jahr 1996/97 wird es sicher eine Lücke geben.

Im Zeitraum 1994/95 genossen 742 Schweizer Studenten Gastrecht an einer EU-Lehrstätte. Im Gegenzug sind etwa gleichviele «Erasmus»-Studenten in die Schweiz gekommen. Normalerweise müssen sich

Interessenten für einen Bildungsaufenthalt bei der jeweiligen Mobilitätsstelle ihrer Universität melden, falls diese nicht existiert, bei der entsprechenden Schulleitung. Für das jeweilige Wintersemester muss man sich bis April melden, wobei dieser Termin allenfalls verlängert werden kann.

Früher, bevor die EU-Programme existierten, war beim Wechsel an eine ausländische Universität die Anerkennung der Studienleistung von der Heimuniversität nicht gewährleistet worden. Heute haben viele Fakultäten eine ganze Reihe Partneruniversitäten. Allerdings könnten auch von seiten der Institutsleiter in der Schweiz noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um weitere Kooperationsabkommen in ihren Fachbereichen mit ausländischen Universitäten abzuschliessen. Obwohl heute die gegenseitige Anerkennung der absolvierten Semester und Prüfungen gesichert ist, bleibt für die Studierenden die Horizonterweiterung entscheidend, die durch jeden Wechsel realisiert wird. Gemäss einer Umfrage unter ehemaligen «Erasmus»-Studenten wird eine allfällige Verlängerung der Ausbildungsdauer nicht als Problem gesehen, sondern als Preis für die reiche Mobilitätsenerfahrung sogar gerne in Kauf genommen.

Wie weiter? Als Drittländer brauchen wir einen Vertrag für jedes einzelne Programm, an dem wir teilnehmen wollen, d.h. es bräuchte letztlich sogar drei bilaterale Abkommen für diese Bildungsinitiativen. Nun, auch in diesem Bereich – wie bei fast allen Themen zwischen der EU und der Schweiz – hängen substantielle Fortschritte von der Flexibilität der Schweiz im Dossier Freier Personenverkehr

ab. Und hier macht dies besonders viel Sinn, ist doch die Mobilität von Arbeitnehmern und Studierenden nur möglich, wenn letztlich die Diplome gegenseitig anerkannt werden. Es bleibt zu hoffen, dass ein erstes Paket der bilateralen Verhandlungen bald abgeschlossen werden kann. Dann, und nur dann wird es allenfalls möglich sein, den Themenkatalog auf weitere Bereiche, so u.a. auch die Bildungsprogramme, auszuweiten.

(Aus: Schweiz. Bankverein: «Der Monat» 7–8/95.)

Andreas Thomma

Mitteilungen Communications

Alpenschutz und Regionalpolitik in Vernehmlassung

(pd/tg) Im Rahmen der Umsetzung der Alpenkonvention hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) zwei weitere Ausführungsprotokolle «Bergwald» und «Bodenschutz» in die Vernehmlassung geschickt. Auch die Neuorientierung der Regionalpolitik ist in der Vernehmlassung. Mit der Revision des Gesetzes über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) und einem neuen Bundesbeschluss über Massnahmen zur Flankierung des Strukturwandels im ländlichen Raum (RegioPlus) soll zur Erhaltung der dezentralen Wohnqualität beigetragen werden. Die wirtschaftlichen Anstrengungen und die Infrastruktur in den Regionen sollen unterstützt werden.

Revidiertes IHG

Im revidierten IHG soll anstelle der Ausgleichsziele die Verbesserung der regionalen Entwicklungsvoraussetzungen in den Vordergrund gestellt werden. Damit soll beigetragen werden, dass die Regionen sich im nationalen und internationalen Wettbewerb besser behaupten können. Die Bundessubventionen sollen konzentriert zur Erreichung der angestrebten Ziele verwendet werden. Der Ausgleich der Finanzkraft soll demgegenüber über die Verstärkung des zweckgebundenen Finanzausgleichs sichergestellt werden.

RegioPlus

Das Programm RegioPlus ist ein neues Instrument der Regionalpolitik. Der Bund will damit im ländlichen Raum gemeinsame Entwicklungsinitiativen innerhalb und zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren oder zwischen Privaten und der öffentlichen Hand fördern. Ziel ist die bessere Nutzung lokaler und regionaler Ressourcen. Angestrebt wird auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Diversifikation und der Wettbewerbsfähigkeit und damit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Abfederung des Strukturwandels im ländlichen Raum soll in den nächsten zehn